

Magdeburg

Neue Leitzentrale für 20 Schleusen

Rothensee (jw) • Die Schleuseninsel Rothensee soll zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt der Binnenschifffahrt ausgebaut werden: Nördlich zwischen der Sparschleuse und dem Schiffshebewerk entsteht als Herzstück eine Großleitzentrale für die Bedienung von etwa 20 Schleusen, u. a. des Wasserstraßenkreuzes, des Elbe-Havel-Kanals und der oberen Saale. **Seite 15**

Millionenprojekt auf der Schleuseninsel

Großleitzentrale mit Infozentrum für Schiffshebewerk und Wasserstraßenkreuz soll in Rothensee entstehen

Auf der „Schleuseninsel“ Rothensee soll ein Millionenprojekt entstehen: Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes plant hier den Neubau einer Großleitzentrale. In diese Zentrale soll auch ein lange geplantes Besucherinformationszentrum für das Wasserstraßenkreuz und das Schiffshebewerk einziehen.

Von Ivar Lütke
Rothensee • Die Schleuseninsel Rothensee wird zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt der Binnenschifffahrt: Nördlich zwischen der Sparschleuse und dem Schiffshebewerk soll eine Großleitzentrale errichtet werden. Der Neubau wird eine ganze Reihe von Aufgaben rund um die Wasserstraßen und die Schifffahrt in sich vereinen. Die Planungen für die neue Großleitzentrale sind so weit abgestimmt, nun gehe es daran, den Entwurf für den Neubau zu erarbeiten, so Burkhard Knuth, Leiter des Wasserstraßen-Neubauamtes Magdeburg.

Herzstück des Neubaus soll die Leitzentrale für die Bedienung der Schleusen des Wasserstraßenkreuzes, des Elbe-Havel-Kanals, der oberen Saale und der Unteren Havel-Wasserstraße einschließlich der Wehre sein. Etwa 20 Schleusen sollen dann von Rothensee aus bedient und überwacht werden, sehen die Planungen vor.

Ebenso in der Großleitzentrale untergebracht werden soll die Revierzentrale für das Verkehrsgebiet Elbe-Oder. Die



Zwei Schiffe verlassen die Sparschleuse Rothensee in Richtung Mittellandkanal. An der Schnittstelle zwischen Mittellandkanal und Abstiegskanal Rothensee soll eine neue Großleitzentrale gebaut werden. Foto: Ivar Lütke

Revierzentrale ist für die Verkehrssicherheit in der Binnenschifffahrt zuständig, hier läuft beispielsweise der nautische Informationsfunk, auch Notrufe werden hier entgegengenommen.

Auch der Bereich Wasserbewirtschaftung von Mittellandkanal und Elbe-Havel-Kanal, wie etwa die Bedienung der Pumpwerke, soll in den Neubau mit einziehen. Zudem ist geplant, dass es in der Großleitzentrale einen Fahrsimulationsstand für die Patentschifffahrt geben soll. Den Simulator soll dann das Binnenschiffer-Ausbildungs-Zentrum Schönebeck nutzen können.

Nicht zuletzt ist ein ge-

meinsames Besucherinformationszentrum von Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) und der Landeshauptstadt Magdeburg in dem Neubau vorgesehen. Das Info-Zentrum für das historische Schiffshebewerk Rothensee sowie das Wasserstraßenkreuz ist ein langgehegter Wunsch, um die prägenden und bei Touristen beliebten Bauwerke noch besser vermarkten zu können. Fahrgastschiffe fahren das Schiffshebewerk und das Wasserstraßenkreuz regelmäßig mit Touristen an. Auch bei Radtouristen sind beide Ausflugsziele sehr beliebt. Zudem bietet die Magdeburger Urania Besuchertouren an.

Im Sommer 2016 unterzeichneten die WSV und die Landeshauptstadt eine Absichtserklärung für die Errichtung des Besucherinformationszentrums. Das Grundkonzept sieht vor, dass der Bund das Zentrum errichtet, die Stadt die Kosten für den Betrieb des Zentrums übernimmt.

Die neue Großleitzentrale soll im Jahr 2023 in Betrieb gehen können, sehen die Planungen vor. Bis zu 15 Mitarbeiter sollen hier ihren Arbeitsplatz haben. Die Investitionskosten für den Neubau werden sich nach bisherigen Schätzungen auf einen einstelligen Millionenbetrag belaufen, so Burkhard Knuth.



Blick auf die Schleuseninsel Rothensee. Auf der vorderen freien Fläche soll die neue Großleitzentrale entstehen (Pfeil). Links zu sehen ist das Schiffshebewerk von 1938, rechts die Sparschleuse Rothensee.

Über 270 000 Bäume werden auf Käferspuren geprüft

Stadt beteiligt sich an Überwachung der Quarantänezone für Asiatischen Laubholzbockkäfer / Seit Juni keine Funde

Von Stefan Harter

Magdeburg • Die gute Nachricht vorneweg: Im zweiten Halbjahr hat es bislang in Magdeburg keine weiteren Funde des Asiatischen Laubholzbockkäfers (ALB) gegeben. Weder lebendige Tiere noch befallene Bäume wurden nach Angaben von Ursel Sperling von der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG) seit vergangem Juni entdeckt.

Damals war bekannt geworden, dass in den ersten Monaten des Jahres 16 neue Wirtsbäume gefunden worden waren (Gesamtzahl 62). Diese standen am Nordostufer des Neustädter Sees sowie im Gewerbegebiet Nord an der Straße Zum Hansehafen. Die betroffenen Bäume wurden direkt gefällt und verbrannt.

Die notwendigen Fällungen aller potenziellen Wirtsbäume im 100-Meter-Umkreis der Fundstellen haben mittlerweile begonnen.

„Die Fällzone um den Fundort im Gewerbegebiet Nord

Der Asiatische Laubholzbockkäfer

Im August 2014 wurden an einem Baum in der Rothenseer Badeteichstraße erstmals Exemplare des Asiatischen Laubholzbockkäfers (*Anoplophora glabripennis*) festgestellt. Seitdem wurden 61 weitere befallene Bäume festgestellt und vorsorglich über 9500 Laubgehölze gefällt. Dies gilt als einzige wirksame Maßnahme, um die Ausbreitung des wohl über den Hafen eingeschleppten Schädling einzudämmen. Besonders beliebt sind u. a.

Ahorn, Buche, Esche, Platane, Pappel, Rosskastanie und Ulme. Hundertprozentig sicher sind nur Nadelbäume. Ein chemisches Bekämpfungsmittel gibt es in Europa derzeit nicht. Natürliche Feinde hat er nicht. In Asien hat er große Schäden in Wäldern angerichtet, weshalb die EU rigoros gegen ihn vorgeht. In Deutschland gibt es an mehreren weiteren Orten Quarantänezone. Die in Magdeburg gilt als größte zusammenhängende Zone.

wird voraussichtlich bis zum Ende des Monats November abgeschlossen werden“, erklärt Ursel Sperling.

Die Fällzone am Neustädter See soll im kommenden Winter angegangen und bis März 2020 beendet werden. Wie viele Bäume auf das Fällkonto des aus Asien eingeschlepp-



Ursel Sperling

ten Schädling gehen, kann erst im Anschluss gesagt werden. Bislang schlagen dort gut 9500 Laubgehölze zu Buche, die seit dem ersten Fund im August 2014 vorsorglich gefällt wurden.

Die Quarantänezone, die zur Bekämpfung des ALB im Nordosten der Stadt eingerich-

tet wurde, beläuft sich derzeit auf eine zusammenhängende Fläche von fast 6100 Hektar. In den Herbst- und Wintermonaten wird die Überwachung aller möglichen Wirtsbäume innerhalb dieses Gebiets fortgeführt, wie Ursel Sperling erläutert.

Mittels Ferngläsern werden gut 272 000 Bäume vom Boden aus nach Käfersymptomen abgesucht. Bei Baumarten, die bekannt dafür sind, besonders häufig befallen zu werden, kommen zusätzlich Baumkletterer zum Einsatz.

Für dieses sogenannte Monitoring hat die LLG eine Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Magdeburg abgeschlossen, die bereits seit 1. Juli gilt. Die Stadtverwaltung verpflichtet sich darin, die Landesanstalt im Kampf gegen den Käfer und bei der Umsetzung des entsprechenden EU-Beschlusses zu

unterstützen. Dafür wird sie finanziell entschädigt.

Ursel Sperling weist zudem erneut darauf hin, dass es absolut verboten ist, jegliches Laubholz aus der Quarantänezone herauszubringen. „Für Laubholzschnitt, der naturgemäß in den Wintermonaten wieder anfällt, steht

für die Anwohner der Zone ein Container am Sammelplatz am Biopellet-Werk, Glindeberger Weg 15, zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung“, erinnert sie. Die Nutzung der Wertstoffhöfe für Schnittholz aus der Quarantänezone ist nicht erlaubt.

Für Fragen und Verdachtsmeldungen stehen die Mitarbeiter der Landesanstalt per E-Mail an ALB@llg.mule.sachsen-anhalt.de oder unter Telefon 03471/33 42 53 zur Verfügung.





Asphalt für den Bebedamm

Ganz im Norden Magdeburgs gehen die Arbeiten für die Sanierung des August-Bebel-Damms voran. Die Strecke unterhalb der Autobahnbrücke zwischen Glindenberger Weg und Auf-/Abfahrt Richtung Hannover war in einem desolaten Zustand, weshalb die Stadtverwaltung die

aktuelle Sperrung der Anschlussstelle für dringend notwendige Asphaltarbeiten nutzt. Die neue Deckschicht wird in diesen Tagen aufgetragen. Die Vollsperrung des betroffenen Abschnitts soll noch bis Ende November andauern.

Foto: Ivar Lütke

Goldener Oktober war auch nass und mild

Sonnenscheindauer lag mit 124 Stunden etwas über dem Soll für den Herbstmonat

Magdeburg (vs) • Der Oktober 2019 fiel recht mild und überdurchschnittlich nass aus. Das teilte die Wetter Kontor GmbH mit, die für die Volksstimme die monatlichen Wetterbilanzen erstellt. Die erste Hälfte des Monats wurde durch atlantische Tiefdruckgebiete be-

stimmt, die uns immer wieder Niederschlag brachten. In der zweiten Monatshälfte sorgten Hochdruckgebiete für insgesamt trockeneres Wetter. Oft gelangte dabei milde Luft zu uns. Zur Mitte des Monats stellte sich eine markante südwestliche Strömung ein, durch die

besonders warme Luft zu uns wehte. Infolgedessen stiegen die Temperaturen am 15. Oktober auf den Höchstwert des Monats von 24,8 Grad. Erst zum Ende des Monats lenkte ein Tief deutlich kühlere Luft zu uns. An den letzten beiden Tagen stiegen die Temperaturen

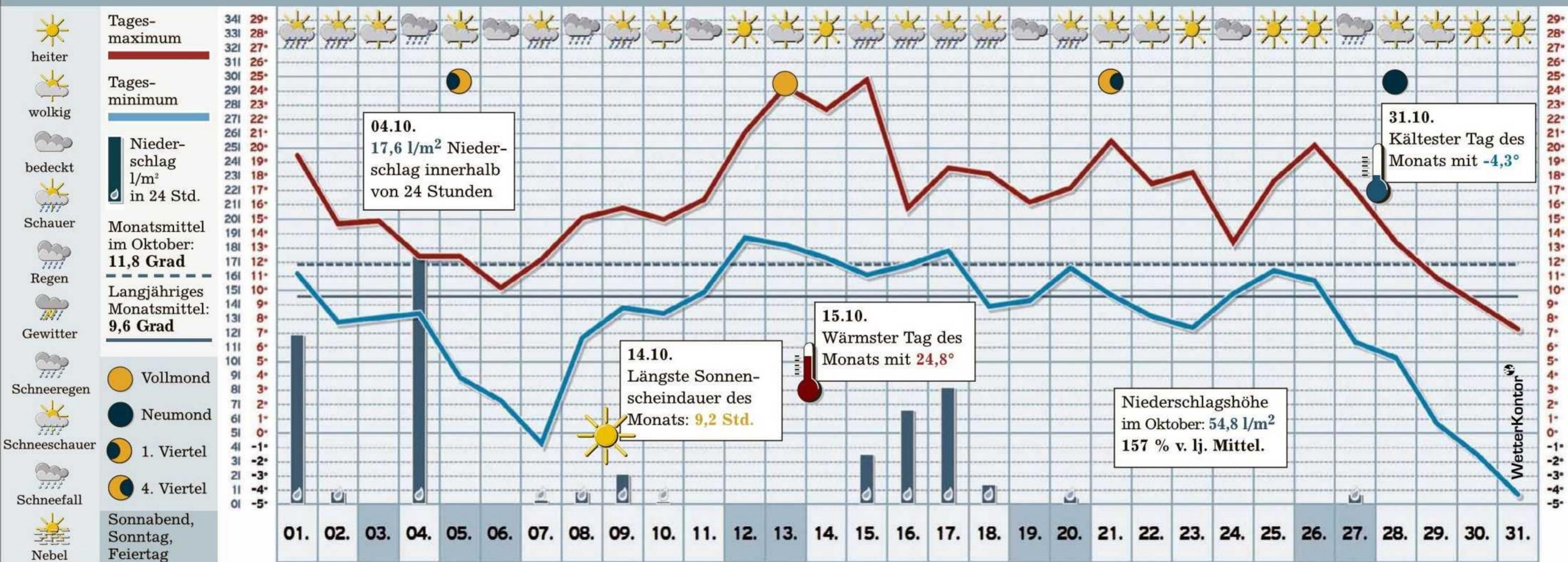
tagsüber nicht mehr über die 10-Grad-Marke, am kältesten war es mit 7,3 Grad am 31. Oktober. Auch die Nächte verliefen im Oktober teilweise sehr mild. Über weite Strecken des Monats sanken die Temperaturen kaum unter die 5-Grad-Marke,

blieben an einigen Tagen sogar über 10 Grad. Der Tiefstwert wurde mit minus 4,3 Grad in der Nacht zum 31. Oktober registriert. Die mittlere Temperatur lag im Oktober bei 11,8 Grad und damit 2,2 Grad über dem langjährigen Mittel der Jahre 1981 bis 2010. Die Nieder-

schlagsbilanz fiel überdurchschnittlich aus. Mit 54,8 Litern pro Quadratmeter übertraf der Oktober das Klimamittel um 57 Prozent. Am meisten Niederschlag gab es mit 17,6 Litern am 4. Oktober. Die Sonnenscheindauer lag mit 124,5 Stunden etwas über dem Sollwert.

Das Magdeburger Wetter im Oktober 2019

Im Schnitt zu nass und wiederholt zu warm



Schock: Enercon streicht 1500 Stellen

Windkraftanlagenhersteller fährt Produktion am Standort Magdeburg massiv zurück

Die Krise in der Windkraftindustrie hat Konsequenzen: Anlagenbauer Enercon fährt die Produktion zurück. Am Stammsitz in Aurich und in Magdeburg werden 3000 Stellen gestrichen.

Von Ivar Lütke und Massimo Rogacki

Magdeburg • Der Windkraftanlagenhersteller Enercon hat drastische Spar-Maßnahmen angekündigt. An den Standorten Aurich und Magdeburg fallen jeweils rund 1500 Jobs weg. Das Unternehmen aus dem ostfriesischen Aurich sehe sich „aufgrund des dramatischen Einbruchs des deutschen Onshore-Windenergiemarktes gezwungen“, die Zusammenarbeit mit mehreren Produktionspartnern im Inland zu beenden, teilte das Unternehmen am Freitag mit. Laut Wirtschaftsministerium arbeiten im Norden Sachsen-Anhalt rund 3000 Beschäftigte für den Anlagenbauer und seine Tochterunternehmen.

Die Stimmung am Werkstor von Enercon in Magdeburg-Rothensee war gestern Nachmittag schlecht. „Das ist eine Riesensauerei, was hier passiert. Wir sind schwer enttäuscht“, sagte ein Mitarbeiter der Rotorblattfertigung Rothensee von Enercon. Seinen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen. Viele Beschäftigte seien seit 20 Jahren im Unternehmen und hätten das Werk mit aufgebaut. Die Rotorblattfertigung soll noch bis Ende März 2020 die Aufträge abarbeiten, dann sei für die rund 400 Mitarbeiter Schluss, habe es auf einer außerordentlich anberaumten Versammlung geheißen. „Um die Aufträge bis März abarbeiten zu können, soll die Produktion hochgefahren werden. Dass die Motivation der Beschäftigten im Keller ist, kann sich wohl jeder denken“, sagt der Mitarbeiter.

Auch die Großrotorblattfertigung ist betroffen. Sie soll bis Ende September nach Auskunft eines Beschäftigten ebenfalls vorliegende Aufträge abarbeiten. Dort stehen weitere 400 Mitarbeiter vor dem Aus. Am Montag könnten die nächsten Hiobs-



Mitarbeiter am Eingang zum Enercon-Standort in Magdeburg-Rothensee.

Foto: Ivar Lütke



Enercon-Mitarbeiter bekleben im Rothenseer Werk den Rohbau eines Rotorblattes für eine Windkraftanlage.

Foto: dpa

botschaften bei den Enercon-Zulieferern folgen. Dann stehen Betriebsversammlungen bei der Rothenseer Anlagenbau GmbH und bei der Generatorenbau Magdeburg GmbH an. Deutschlandweit arbeiten rund 30 Gesellschaften als Produktionspartner von Enercon. Die meisten fungieren als exklusive Lohnfertiger für das Unternehmen.

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) bezeichnete den Stellenabbau als „harten Schlag für die Region“. Enercon sei einer der größten Arbeitgeber im Land. Sachsen-Anhalt habe Investitionen des Unternehmens wiederholt unterstützt. Ein Beschäftigungsabbau dürfe nicht allein auf

Kosten des Standortes Magdeburg erfolgen, so Willingmann. Für Axel Weber, Geschäftsführer der IG Metall Magdeburg-Schönebeck, sind die Stellenabbaupläne eine „Katastrophe für Magdeburg und die Region“. Die Firmen arbeiteten ausschließlich für Enercon. Es sei „unverschämt“, wenn das Unternehmen von Zulieferern und Partnern spreche. Enercon solle zu seiner Verantwortung stehen. Es brauche Transfergesellschaften und Sozialpläne für die Mitarbeiter. Linken-Fraktionschef Thomas Lippmann spricht von einem „Desaster für die Menschen, die vor der Arbeitslosigkeit stehen“. Es sei verlogen, Milliardenprogramme für den Abbau von Arbeitsplätzen in der

Braunkohleindustrie aufzulegen und die Beschäftigten in der Zukunftsbranche der erneuerbaren Energien allein zu lassen.

Energieministerin Claudia Dalbert (Grüne) sagte, der Stellenabbau sei das Ergebnis einer jahrelangen falschen Energie- und Industriepolitik in Deutschland. Es sei Aufgabe der Politik, die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien zu schaffen. „Diskussionen um starre Abstandsflächen für Windkraftanlagen helfen uns dabei nicht weiter“, so Dalbert.

Auch Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) kritisierte die verfehlte Politik in Berlin. Der Stellenabbau sei dramatisch für Magdeburg.

Windkraftbranche kriselt

Die Windkraftbranche in Deutschland schlägt schon länger Alarm. Problem: Lange Genehmigungsverfahren, Klageflut, zu wenige ausgewiesene Flächen. Im ersten Halbjahr wurden in Deutschland 86 Anlagen mit 287 Megawatt installiert - ein Rückgang von 82 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2020 endet nach 20 Jahren die Einspeisevergütung auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG),

alten Anlagen droht das Aus. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte nach einem Windkraftgipfel im September ein Maßnahmenprogramm angekündigt, um den Ausbau zu beschleunigen - ohne konkrete Ergebnisse. Enercon begründet den Stellenabbau mit der aktuellen Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung. Die gefährde nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Klimaschutz und die Energiewende, sagt Hans-Dieter Kettwig, Vorsitzender der Enercon-Geschäftsleitung.

Enercon will sich nun „neu aufstellen“ und den Fokus auf internationale Märkte lenken, hieß es am Freitag. Der Windkraftanlagenhersteller ist eine der Größen in der Branche. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Konzern angekündigt, sich internationaler auszurichten und in seinen deutschen Werken rund 830 Arbeitsplätze abzubauen. In Magdeburg hatte Enercon 130 Stellen bei der WEC Turmbau GmbH gestrichen. Schon länger kämpfen deutsche Windkraftanlagenhersteller mit den Veränderungen auf dem Weltmarkt. So hatte etwa der Windanlagenbauer Senvion im April Insolvenz anmelden müssen. **Meinung**

Kommentar

Katastrophale Klimapolitik

Jens Schmidt

über den Niedergang der Windkraft



Der Windradhersteller Enercon steht in Deutschland vor dem Aus und wird seine Produktion verlagern. Für die Region Magdeburg ist das eine Katastrophe. Tausende werden arbeitslos.

Enercons Niedergang ist ein weiterer Beleg für die Kopflosigkeit der deutschen Energiewende. Erst gab es jahrelang Wildwuchs, so dass die Strompreise durch die Decke gingen. 2017 trat die Bundesregierung auf die Bremse. Jedoch: Die jährliche Ausbau-Obergrenze ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass die Bauvorschriften immer komplizierter werden, Länder wie Bayern Windparkbau beinahe ganz verunmöglichen, dass sich Genehmigungszeiten verdreifachen und mittlerweile 1000 Bürgerinitiativen klagen. 1100 Windräder dürften 2019 gebaut werden; nicht mal 500 werden es sein. Dabei hat Deutschland genügend geeignete Flächen weitab von Häusern - etwa an Autobahnen und Gleisen. Die Bundesregierung muss handeln. Andernfalls ist die ganze Klima-Debatte nichts als heiße Luft. **Seite 1**

Meldungen

Lampionumzug durch Rothensee

Rothensee (vs) • Die Freiwillige Feuerwehr Rothensee lädt heute zu ihrem traditionellen Lampionumzug ein. Treffpunkt ist ab 17 Uhr am Gerätehaus in der Forsthausstraße. Eine Stunde später setzt sich dann der Umzug im Schein der Laternen und Lampions in Bewegung. Vorneweg läuft der Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Biere. Nach einer Runde durch den Stadtteil sind alle eingeladen, den Abend gemütlich bei der Feuerwehr ausklingen zu lassen. Organisiert wird das Spektakel für Jung und Alt vom Förderverein der Rothenseer Feuerwehr.

CDU-Politiker wirft Enercon „asoziale Raffgier“ vor

Unternehmen will 3000 Stellen abbauen

Magdeburg (bo) • Sachsen-Anhalts Landeschef der Mittelstandsvereinigung, Detlef Gürth, hat den geplanten Stellenabbau beim Windkraftanlagenhersteller Enercon heftig kritisiert. „Enercon ist ein Beispiel für asoziale Raffgier“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete gestern der Volksstimme.

Enercon sei allein am Standort Magdeburg seit 2007 mit mehr als sieben Millionen Euro aus Steuergeld subventioniert worden, sagte er. In der Region aber habe das Unternehmen „null soziales Engagement“ ge-

zeigt. „Jeder Handwerksmeister hat mehr für seine Heimatregion gemacht als der Milliardenkonzern Enercon“, sagte Gürth.

Am Freitag war bekannt geworden, dass Enercon nach Absatzeinbrüchen bis zu 3000 Stellen streichen will, davon 1500 am Standort Magdeburg. Ein Enercon-Sprecher sagte, das Unternehmen habe 2018 erstmals ein Minus verbucht und einen Verlust von 200 Millionen Euro geschrieben. Im Laufe der Woche seien Gespräche von Enercon mit Landes- und Bundespolitik geplant. **Seite 5**

Für Kohleausstieg ist Geld da, für Windenergie nicht

Nach massivem Stellenabbau will Windkraft-Anlagenbauer Enercon auf die Politik zugehen

Aurich/Magdeburg (dpa/js) • Nach der Ankündigung eines massiven Stellenabbaus beim Windkraft-Anlagenbauer Enercon suchen Politik und Wirtschaft nach Auswegen. Im Laufe der Woche seien dazu Gespräche mit der Landes- und Bundespolitik geplant, sagte ein Enercon-Sprecher im ostfriesischen Aurich. Enercon hatte am Freitag angekündigt, nach Absatzeinbrüchen bis zu 3000 Stellen abzubauen. Weltweit beschäftigt der Enercon-Verbund nach eigenen Angaben etwa 18 000 Mitarbeiter. Die Oldenburger Grünen-Europaparlamentarierin Viola von Cramon-Taubadel kritisierte die „wankelmütige Politik der Bundesregierung“.

Während für die Umstrukturierung der Kohleindustrie und für die Landwirtschaft immer noch Milliarden ausgegeben würden, könne die Branche der erneuerbaren Energiewirtschaft nicht auf großzügige Hilfen hoffen, sagte die Politikerin. „Schlimmer noch: Durch die wankelmütige Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren ist auch noch der letzte Funken Hoffnung auf Planungssicherheit für diese Branchen erloschen.“ Der „unambitionierte“ Ausbau der Windenergie in fast allen Bundesländern vernichte hochwertige Arbeitsplätze.

Das Problem: Es werden deutlich weniger Windräder

aufgestellt als nötig wären. Die Bundesnetzagentur hat dieses Jahr 3175 Megawatt Leistung ausgeschrieben – das wären etwa 1100 moderne Anlagen. Verwirklicht wurden aber nur 1337 Megawatt, also etwa 450 Anlagen.

Auch im vorigen Jahr wurden die Ziele nicht erreicht. Ein wesentlicher Grund: Es wird immer schwieriger für Betreiber, eine Genehmigung zu bekommen. Beispiel Stadtwerke Magdeburg (SWM): Seit drei Jahren versucht das Unternehmen gemeinsam mit Enercon, im Westen Magdeburgs einen Windpark zu errichten. „Doch es geht keinen Meter voran, weil das Genehmigungsrecht

bürokratisch, vertrackt und kompliziert ist“, sagt SWM-Vertriebschef Thomas Pietsch.

In Bayern und Nordrhein-Westfalen gab es dieses Jahr gar keinen Zubau. Ein weiterer Grund sind strengere Abstandsregeln zwischen Windrad und Häusern. In vielen Bundesländern gelten 1000 Meter Mindestentfernung – so auch in Sachsen-Anhalt. Umweltministerin Claudia Dalbert (Grüne) forderte, die 1000-Meter-Regel abzuschaffen.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sagte dagegen: „Die Erhaltung der Arbeitsplätze im Bereich der Windenergie ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung.“

Enercon habe 2018 erstmals ein Minus verbucht und einen Verlust von 200 Millionen Euro geschrieben, sagte Sprecher Felix Rehwald. Für das laufende Jahr werde ein noch höherer Verlust im dreistelligen Millionenbereich erwartet. Deutschlandweit habe das Unternehmen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nur 65 Windkraftanlagen errichtet, 2017 seien es noch 711 gewesen.

Enercon-Geschäftsführer Hans-Dieter Kettwig hatte den Stellenabbau mit der Energiepolitik der Bundesregierung begründet, die zu einem Einbruch des Markts für Windenergie an Land geführt habe.

Enercon: Trümper fordert Hilfe vom Bund

Entlassungswelle soll Thema im Stadtrat werden

Die angekündigte Entlassung von 1500 Mitarbeitern bei Enercon im Magdeburg stößt auf Kritik und Unverständnis. Oberbürgermeister Lutz Trümper kündigte an, gemeinsam mit dem Jobcenter nach Lösungen für die betroffenen Mitarbeiter zu suchen – und fordert Hilfe vom Bund.

Von Ivar Lütke

Magdeburg • Nach dem Bekanntwerden der Entlassungswelle beim Windkraftanlagenhersteller Enercon hat OB Lutz Trümper noch am Freitagabend die Bundespolitik scharf kritisiert. „Das ist das Ergebnis einer verfehlten und unsinnigen Politik in Berlin“, sagte Trümper. Zuerst fördere der Bund den Ausbau der erneuerbaren Energien, kümmere sich dann aber nicht um den entsprechenden



„So macht man eine Zukunftsbranche

kaputt. Das ist Steuergeldverschwendung in höchstem Maße.“

Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD)

Netzausbau und Möglichkeiten, Energie zwischenspeichern. Hinzu kämen langwierige Genehmigungsverfahren und schärfere Vorgaben. „So macht man eine Zukunftsbranche kaputt. Das ist für mich Steuergeldverschwendung in höchstem Maße“, so Magdeburgs OB.

Die angekündigte Entlassungswelle sei für Magdeburg „dramatisch“. Trümper: „Das ist das größte Segment, was wir hier haben.“ Der Verlust von 1500 Arbeitsplätzen und mögliche weitere Auswirkungen auf andere Firmen in Magdeburg (Trümper: „Das ist noch nicht das Ende“) habe eine Dramatik, wie sie mit der in den Kohleausstiegsregionen vergleichbar sei. Wenn für den Abbau von Arbeitsplätzen in der Braunkohleindustrie Milliardenprogramme aufgelegt werden,

dann müsste es jetzt auch Strukturhilfen für die Regionen geben, die vom Einbruch in der Windkraftindustrie betroffen sind, forderte der Oberbürgermeister.

Trümper kündigte an, dass die Landeshauptstadt gemeinsam mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur nach Möglichkeiten suchen werde, wie den betroffenen Mitarbeitern geholfen werden kann. Die Gespräche sollen schnellstmöglich aufgenommen werden.

Die Entlassungen bei Enercon werden am Donnerstag auch Thema im Stadtrat sein. Ratsvorsitzender Michael Hoffmann (CDU) sagte am Sonntag, dass auch die Kommunalpolitik helfen wolle, nach Lösungen zu suchen. „Die Arbeitnehmer darf man in dieser Situation nicht allein lassen“, so Hoffmann. Er sieht aber auch das Wirtschaftsministerium des Landes in der Pflicht, hier schnell zu helfen. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt müssten Lösungen gefunden werden.

Enercon hatte am Freitag in Mitarbeiterversammlungen verkündet, dass Ende März 2020 die Rotorblattfertigung sowie im September 2020 die Großrotorblattfertigung am Standort Magdeburg eingestellt werden. Für den heutigen Montag sind Mitarbeiterversammlungen bei der Rothenseer Anlagenbau GmbH und bei der Generatorenbau Magdeburg GmbH, die für Enercon arbeiten, angekündigt. Laut Enercon sollen in Magdeburg 1500 Stellen abgebaut werden, noch mal so viele am Hauptsitz in Aurich. Enercon-Geschäftsführer Hans-Dieter Kettwig hatte den Stellenabbau mit der Energiepolitik der Bundesregierung begründet, die zu einem Einbruch des Markts für Windenergie an Land geführt habe.

Als einen „Skandal“ bezeichnet Stephan Krull, Sprecher des Stadtvorstandes der Linken, den Personalabbau bei Enercon. Das Land Sachsen-Anhalt habe das Unternehmen wiederholt kräftig subventioniert – ohne entsprechende Auflagen, ohne gute Arbeitsbedingungen und ohne betriebliche Mitbestimmung einzufordern, so Krull in einer am Sonnabend verbreiteten Erklärung. Die Subventionen seien von den Eigentümern von Enercon zurückzufordern.

Aus dem Revier

Einbrecher stehlen Schmuck und Bargeld

Magdeburg (ha) • Vier Einbrüche beschäftigten am Wochenende die Polizei in Magdeburg. So verschafften sich am Sonnabend unbekannte Täter durch ein aufgehebeltes Küchenfenster Zugang zu einer Wohnung eines Mehrfamilienhauses auf dem Kleinen Werder. Sie konnten daraus Schmuck im Gesamtwert von circa 40 000 Euro entwenden.

In ein Einfamilienhaus in der Fallersleber Straße sind die Täter durch eine aufgehebelte Terrassentür gelangt. Dann wurden sämtliche Räume durchsucht. Bargeld, diverse elektronische Geräte und Schmuck im Gesamtwert von circa 5000 Euro wurden mitgenommen.

Im Dahlienweg verschafften sich unbekannte Täter über ein Fenster Zugang zu einem Einfamilienhaus und durchsuchten alle Zimmer. Was hier gestohlen wurde und wie hoch der Sachschaden ist, wird derzeit noch ermittelt.

Wie die Polizei am Wochenende außerdem mitteilte, kam es bereits am Freitag zu einem sogenannten Tageswohnungseinbruch in ein Einfamilienhaus im Stadtteil Reform. Die unbekanntesten Täter gelangten dort ebenfalls über die Terrassentür in das Wohnhaus. Hier wurde Schmuck im unteren dreistelligen Wert entwendet.

Wie geht es jetzt weiter bei Enercon?

Verwirrung über Stellenstreichungen / Minister fordert Geld vom Bund

Nachdem Windradbauer Enercon den Abbau von 1500 Stellen in Magdeburg angekündigt hat, herrscht Verunsicherung über das tatsächliche Ausmaß des Jobabbaus. Der Wirtschaftsminister fordert jetzt Strukturhilfen vom Bund – ähnlich wie für die Braunkohleregion im Landessüden.

Von Alexander Walter
und Ivar Lütke

Magdeburg • Vier Tage nach Bekanntwerden des Stellenabbaus bei Enercon herrscht bei den Mitarbeitern vieler Zulieferer Verunsicherung über das Ausmaß der Jobstreichungen. Nachdem infolge von Betriebsversammlungen am Freitag bekannt geworden war, dass Subunternehmen die Rotorblattfertigung in Magdeburg 2020 einstellen – bis zu 800 Stellen fallen so weg –, waren für gestern Zahlen von weiteren Firmen erwartet worden.

Doch dazu kam es nicht. Auf Volksstimme-Anfrage, wo wie viele Stellen abgebaut würden, antwortete Enercon-Sprecher Felix Rehwald stattdessen: „Die ganz genauen Zahlen kennen wir nicht.“ Beim genannten Abbau von 1500 Stellen jeweils in Magdeburg und am Firmensitz Aurich handele es sich um Schätzungen.

Zur Rettung von Arbeitsplätzen will Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) jetzt eng mit seinem niedersächsischen Kollegen Bernd Althusmann (CDU) zusammenarbeiten. „Wir werden mit Enercon darüber zu sprechen haben, ob der geplante Stellenabbau tatsächlich alternativlos ist“, sagte Willingmann gestern. Vom Bund forderte er Strukturmittel – ähnlich denen für die Braunkohleregion im

Landessüden – dorthin sollen knapp 5 Milliarden Euro fließen: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht an einer Stelle eine Sonderförderung schaffen, auf der anderen Seite aber die Beschäftigten einer Zukunftsbranche im Stich lassen.“ Ähnlich hatte sich zuvor Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) geäußert.

Willingmann forderte zudem einen zweiten Windenergiegipfel von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), nachdem ein erstes Treffen im September ohne konkrete Ergebnisse geblieben war. „Wir brauchen beim Windradausbau flexiblere Regelungen etwa für Mindestabstände zu Siedlungen“, sagte Willingmann. Das Gleiche gelte für die landesspezifischen Vorgaben zum Artenschutz.

Das Kabinett beschäftigt sich heute mit dem Thema. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) forderte gestern schnellere Genehmigungsverfahren: „Wir brauchen eine Planungsbeschleunigung, sonst wird das Projekt Energiewende kein gutes Ende nehmen.“ Haseloff nahm zudem andere Bundesländer beim Windenergie-Ausbau in die Pflicht. Während Sachsen-Anhalt Anlagen mit 5000 Megawatt Leistung installiert habe, seien es etwa in Baden-Württemberg nur 1600. Ein solches Ungleichgewicht sei nicht in Ordnung.

CDU-Europaabgeordneter Sven Schulze forderte Bund, Land und Arbeitgeber auf, EU-Nothilfen zu beantragen. Unrealistisch sei das nicht. So habe die EU aus einem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung 2018 Ex-Mitarbeitern der Firmen caterpillar und aleo solar mit mehreren Millionen Euro helfen können. Die IG Metall forderte einen „Rettungsplan für die Windindustrie“. Bezirkschef Meinhard Gerken schlug die Verlängerung von Kurzarbeit vor, um Entlassungen zu verhindern. **Seite 4**

Kommentare

Politik ohne Strategie

Alexander Walter
zur Krise
der Windenergie



Wenn es schlecht läuft für Magdeburg, könnte es bald heißen, die Stadt habe nach der Wende wirtschaftlich aufs völlig falsche Pferd gesetzt. Käme es so, wäre die Bundespolitik maßgeblich verantwortlich. Über Jahre hat sie die Energiewende politisch beworben, Hersteller und Windbauern in Sicherheit gewiegt – den Ausbau mit Milliarden Euro gefördert.

Gleichzeitig hat sie es versäumt, Stromtrassen zu ertüchtigen und eine Lösung für die wichtige Frage der Zwischenspeicherung von grünem Strom zu entwickeln. Doch vor allem: Die Genehmigungszeiten für den Windradneubeu haben sich inzwischen verdreifacht, bundesweit gibt es heute 1000 Bürgerinitiativen gegen Windräder.

Niemand will Atomkraft und Kohle, aber auch niemand ein Windrad hinterm Garten. Ein Ausweg ist nicht in Sicht, die Politik scheint hilflos. Strukturhilfen etwa können dem Standort Magdeburg daher helfen. Das Grundproblem aber lösen sie nicht: Bei der Energiewende fehlt eine Strategie. Es ist überfällig, dass sie kommt. **Seite 1**

Abschiebung war

Betriebsrat verhandelt bei Enercon-Zulieferer

Nach angekündigtem Ende der Rotorblattfertigung in Magdeburg muss weiterer Betrieb Personal entlassen

Von Ivar Lütke

Magdeburg • Nachdem die Mitarbeiter der Rotorblattfertigung am vergangenen Freitag die Hiobsbotschaft zur Schließung der beiden Werke auf einer Betriebsversammlung erfahren haben, hat nach Informationen der Redaktion mit Wochenbeginn der Betriebsrat der Rothenseer Rotorblattfertigung GmbH die Verhandlungen mit der Betriebsleitung aufgenommen. Details wurden noch nicht bekannt. Nur so viel, dass der Betriebsrat gemeinsam mit einem Anwalt nun alles dafür tun wolle, um für die Mitarbeiter, die zum Ende März 2020 ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, „noch das Bestmögliche herauszuholen“, wie es hieß. Insgesamt 402 Mitarbeiter sind von der angekündigten Schließung betroffen.

Das zweite Unternehmen, die Großrotorblattfertigung, soll im September kommenden



Axel Weber, IG Metall Magdeburg-Schönebeck. Foto: Ivar Lütke

Jahres die Produktion einstellen, hieß es auf der Betriebsversammlung. Bis zur Schließung sollen beide Unternehmen noch vorhandene Aufträge abarbeiten, hieß es.

Solidarisch mit den Betriebsräten zeigt sich die IG Metall Magdeburg-Schönebeck. „Wir fordern die Geschäftsführung von Enercon auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen, nach tragfähigen Konzepten

der Fortführung zu suchen und so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten“, sagte Axel Weber, 1. Bevollmächtigter und Geschäftsführer der IG Metall Magdeburg-Schönebeck. Um die Beschäftigten nicht ins Bodenlose fallen zu lassen, müsse der Konzern entsprechende Sozialpläne mit Transfermaßnahmen und Abfindungen gestalten und dafür die „Tochtergesellschaften“ mit finanziellen Mitteln ausstatten. „Enercon spricht immer von Zulieferern. Dabei müsste der Konzern ehrlicherweise Tochterunternehmen sagen, denn sie arbeiten exklusiv für Enercon“, machte Axel Weber deutlich.

Unterdessen wurde der nächste Stellenabbau im Zusammenhang mit der Schließung der Rotorblattfertigung in Magdeburg bekannt. In einer Pressemitteilung kündigte Ute Wichmann, Geschäfts-

führerin der Rothenseer Generatorenfertigung GmbH, eine Umstrukturierung des Unternehmens an.

„Stellenabbau im mittleren zweistelligen Bereich“

„Die marktbedingte Schließung von Produktionsbetrieben in Magdeburg hat auch Konsequenzen für die Rothenseer Generatorenfertigung GmbH (ROGE). Nach der Einstellung des Betriebs bei der Rothenseer Rotorblattfertigung GmbH und der Groß-Rotorblattfertigung GmbH, für die ROGE übergeordnete Support-Aufgaben am Standort wahrgenommen hatte, ist eine Restrukturierung des Unternehmens unerlässlich“, heißt es.

Wegen des endgültigen Wegfalls von Tätigkeiten müsse sich das Unternehmen deutlich verkleinern. Ute Wichmann sprach auf Nachfrage

von einem „Stellenabbau im mittleren zweistelligen Bereich“. Sämtliche bisher ausgeübten Dienstleistungen für den Bereich Rotorblattbau würden durch die Schließung der Blattwerke nicht mehr benötigt. Der generelle Support-Bedarf für den Standort sei darüber hinaus weniger umfangreich, so dass im Zuge der Restrukturierung die Personalstärke in entsprechendem Umfang angepasst werden müsse. Am Standort erhalten blieben lediglich die Support-Abteilungen Standortverwaltung, Werksfeuerwehr, Betriebstechnik, Gebäudemanagement sowie Logistik und Ausbildung.

Ziel der Geschäftsleitung sei es, die Restrukturierungsmaßnahmen bis Ende September 2020 abzuschließen. Sie möchte in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat sozialverträgliche Lösungen für die Mitarbeiter erarbeiten, heißt es.



Laternen leuchten den Weg in Rothensee

Eine Familie beim Lampionumzug der Rothenseer Feuerwehr. Rund 1000 Menschen besuchten am Sonnabendabend die Veranstaltung im Norden der Stadt. In einem großen Umzug liefen Menschen aller Generationen durch den Stadtteil.

Der Marsch führte vom Gerätehaus an der Forsthausstraße, über die Badeteichstraße, Oebisfelder Straße, Fallersleber Straße und schließlich zurück zum Gerätehaus, wo der Abend seinen Ausklang fand.

Foto: Tom Wunderlich

Enercon-Chef: 3000 Jobs sind endgültig weg

Minister Willingmann fordert weniger Bürokratie für die Windindustrie

Enercon hält auch nach einem Krisentreffen in Hannover am geplanten Stellenabbau fest. Der Unternehmenschef sagt: „Die Messe ist gelesen.“ Nächsten Montag gibt es weitere Gespräche – diesmal in Magdeburg.

Von Michael Bock
und Ivar Lütke

Magdeburg • Der Windanlagenbauer Enercon hat am Freitag eine umfassende Neuausrichtung angekündigt, mit der bis zu 3000 Jobs wegfallen sollen – die Hälfte davon in Magdeburg. Enercon-Chef Hans-Dieter Kettwig zeigt sich beim Krisentreffen gestern in Hannover hartleibig. Die Maßnahmen, die jetzt angepackt werden könnten, kämen zu spät: „Die Messe ist gelesen.“ Die Verlagerung der Produktion von Rotorblättern ins Ausland, mit der der Jobabbau zusammenhängt, sei alternativlos.

In der Windindustrie herrscht Flaute. Im ersten Halbjahr 2019 wurden rund 150 Anlagen neu errichtet – etwa 80 Prozent weniger als im Vorjahr. „Es bricht etwas

weg, was wir nicht auffangen können“, sagt der Enercon-Geschäftsführer.

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) fordert beschleunigte Genehmigungsverfahren. Er wolle auch das Gespräch mit Naturschutzverbänden suchen, denn: „Die strengen Naturschutzregeln sind kontraproduktiv.“ Den von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) geplanten Mindestabstand von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohnsiedlungen lehnt er ab: „Das ist eine zu starre Vorgabe.“

Am Montag werden in Magdeburg Gespräche mit Enercon fortgesetzt. Sollte es tatsächlich zum in dieser Höhe befürchteten Stellenabbau kommen, müsse über Sozialpläne und Transfergesellschaften geredet werden, sagt Willingmann. Zugleich betont er, angesichts des Fachkräftemangels hätten Enercon-Mitarbeiter gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Axel Weber, Geschäftsführer der IG Metall Magdeburg-Schönebeck, kritisiert Enercon. Das Unternehmen nehme keine Verantwortung für die Region wahr: „Das ist eine Schande.“ **Seite 6**



Enercon-
Geschäftsführer
Hans-Dieter
Kettwig

Foto: dpa

Unternehmerpaar spendet 37 000 Euro fürs Hebewerk

Firmenjubiläum als Anlass für eine Sammlung

Rothensee (vs) • Die Landeshauptstadt Magdeburg hat heute einen Spendenscheck in Höhe von 37 295,55 Euro für das Schiffshebewerk in Rothensee erhalten. Oberbürgermeister Lutz Trümper nahm die Spende von Kerstin und Bernhard Stork entgegen, den geschäftsführenden Gesellschaftern der Stork Umweltdienste GmbH. Beide hatten das Geld zum 25-jährigen Firmenbestehen gesammelt und anschließend die Summe aufgestockt.

Oberbürgermeister Lutz Trümper nahm die Spende in Rothensee entgegen und dankte dem Ehepaar Stork: „Dies ist eine willkommene finanzielle Unterstützung für den weiteren Betrieb und die Unterhal-

tung des Schiffshebewerks. Wir freuen uns über die tiefe Verbundenheit von Kerstin und Bernhard Stork mit diesem besonderen, funktionsfähigen technischen Denkmal.“

Die Stork Umweltdienste GmbH ist ein mittelständisches Dienstleistungsunternehmen im Bereich Entsorgung/ Recycling mit Stammsitz in Magdeburg-Rothensee. Aus Anlass des 25-jährigen Firmenbestehens im Mai 2019 hatte das Ehepaar Stork seine zahlreichen Gäste gebeten, anstelle von Geschenken zugunsten des Hebewerks zu spenden. Hierbei war bereits ein Betrag von 27 295,55 Euro zusammengekommen. Zusätzlich spendete das Unternehmen 10 000 Euro.



Blick in die Schleusenkammer des Schiffshebewerks Rothensee.

Archivfoto: Martin Rieß